

PDF-Fassung

Wieland Zumpe
Lärchenweg 9a
04288 Leipzig

**Herrn Dr. Wolfgang Schäuble - persönlich -
Präsident des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1**

11011 Berlin

Aufklärung - zum **Projekt Judith**

(oder: Warum um den Verbleib der Toten aus der Paulinerkirche nur spekuliert wurde)

Leipzig, den 6. Juli 2020

Hochverehrter Herr Dr. Schäuble,

es muß zum Projekt noch erklärt werden, warum obgleich großer Artikel in den überregionalen Medien in Leipzig keine seriöse Aufklärung erfolgt. Da Sie als ehemaliger Bundesinnenminister und mit den Erfahrungen Ihres Bruders die hiesigen Abgründe kennen, kann ich die Geschichte kurzgefaßt erklären.

Die SED versuchte nach 1989 alles, um ihre Machtstrukturen unter neuen Bedingungen zu halten. Egal ob im Immobiliensektor, wo HV-A-Kader und Bürgermeister Andreas Müller die Eigenversorgung über „herrenlose Häuser“ organisierte oder in Neubesetzungen, wo den Ankommenen aus dem westlichen Teil Deutschlands „vertrauensvolle GenossInnen“ an die Seite gestellt wurden – Eigensicherung stand vor allem anderen. Vorrang hatte dazu, SED-Verbrechen um jeden Preis zu vertuschen, ein Umstand, auf den ich abschließend noch einmal zurückkomme.

Zur Situation Paulinerkirche 1968: Die Stasi wußte natürlich nicht, um welches bedeutende Kulturerbe es sich handelt. Ebenso kannten sie nicht historische Zusammenhänge und Quellen. Sie ging bei ihren Raubzügen u.a. durch Friedhöfe rein pragmatisch von der Verwertbarkeit ihrer Beute aus. Dies trifft auch für den Alten Johannisfriedhof zu, wo ihr damit bekannt war, welche Gräfte noch existierten. Für die Verbringung aus der Paulinerkirche 1868 war das insofern wichtig, weil sie den ausländischen Geschäftspartnern damit vorgaukeln konnten, daß alles seinen „sozialistischen Gang“ geht ...

D.h. am Wochenende vor der Sprengung waren die Leipziger Friedhofsmitarbeiter zu einem Arbeitseinsatz in Schwedt abkommandiert, so daß niemand bezüglich der Aktivitäten auf dem Alten Johannisfriedhof etwas mitbekommen konnte. Daß sie als Verbringungsort die Rats- bzw. Hospitalgruft favorisierten, war ihnen eventuell nicht einmal bewußt. Die Helfer in der Paulinerkirche mußten mit Kreide nur eine 1 auf die Kindersärge schreiben, was die Annahme bestätigt, daß die Stasi weitere Gräfte für sich entdeckt hatte, die bei Bedarf vollgestopft werden konnten. Dies trifft z.B. für die Matthäikirche zu, wo nach einer Zeugenaussage u.a. ein entdeckter Sarg ungeöffnet vom MfS abgeholt wurde.

Wie beim Neuen Johannisfriedhof wurden später alle zugänglichen Informationen vernichtet.

Bei der Rats- bzw. Hospitalgruft und weiteren Grüften in den Abteilungen II bis V war die Situation insofern günstig, da es vermutlich keine bekannten Pläne gab und die Anlage nach dem Bau des Grassimuseums nur als Parkanlage in Funktion war. D.h. der Friedhof selbst wurde nicht überbaut, so daß allein die Rats- bzw. Hospitalgruft mit ihrer Tiefe von acht Metern und 56 Quadratmetern Ausdehnung genug Möglichkeit bot, die relativ kleinen Kindersärge dort einzulagern.

Was bedeutet das nun in der Sache? Obgleich die Stasi zentral nur den Schmuck requirierte, war die Leipziger Stadtverwaltung 1968 in die Verbrechen um die Paulinerkirche voll mit eingebunden, indem sie u.a. Aufpasser stellte und Kenntnisse der organisatorischen Abläufe besaß und teilweise selbst mit ausführte. Das bedeutet z.B. auch die Kenntnis um die vergatterten Fahrer, die die Kindersärge transportierten. Wenn uns all das Wissen schon 1990 zur Verfügung gestanden hätte wie auch das Ausmaß weiterer SED-Verbrechen, von denen hier abgegrenzt wird, hätte dies damals deren Verbot bedeutet. Heute scheint es nachrangig, aber Fakt ist, daß gerade mit der Leugnung und Verhinderung des spendenmittelfinanzierten, originalgetreuen Wiederaufbaues der Leipziger Universitätskirche St. Pauli eben jene legendierten Abriß-, Bau-, Betreuungs- und Bewachungsfirmen bedient und Aufarbeitung und Aufklärung weiter gezielt verhindert wurden. Die legendierten Tschekisten lancierten die Thematik sogar innerhalb und zu NPD und AfD, damit es keine Ergebnisse zeitigt ...

Fakt ist nun auch, daß trotz langjähriger Ausgrenzung die Ergebnisse mit bereits nachweislich über 700 in der Paulinerkirche Begrabenen und mit dem Verbringungsort vorliegen, so daß es zum Zugeben der Taten und zur notwendigen Bergung nur noch „ein kleiner Schritt“ ist. Da die Leipziger Stadtverwaltung rathausintern schon immer davon wußte bzw. selbst beteiligt war, muß die Aufklärung des schwersten Kulturverbrechens in Deutschland nach dem II. Weltkrieg vom Bund ausgehen. Die Gefahr im Verzug kann ggf. neben den genannten Aspekten des Gesundheitsschutzes auch durch dortige Baumpflanzungen begründet werden, die in die unterirdischen Räume eindringen und diese instabil werden läßt. Somit sind alle Grüfte danach (Abt. II-V) auf ihre Sicherheit und den Inhalt zu prüfen.

Die Geschichte um die Leipziger Paulinerkirche ist derzeit eine Katastrophe, in der ich Sie bitten muß, diesen Zustand zu beenden, um geschichtliche Gerechtigkeit und nationale Werte wiederzugewinnen. Vielleicht gibt es z.B. im Rahmen des Heimat- oder Gesundheitsschutzes eine Handhabe, das Projekt ohne Aufsicht in Angriff zu nehmen ...

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem Dank

Wieland Zumpke

Dipl.-Kulturwissenschaftler

Anlagen:

- 1 – Die Rats- und Hospitalgruft. (Ausschnitt 1907)
- 2 – Rats- oder Hospitalgruft im Bild von außen (um 1907)
- 3 – Friedhofsplan 1840
- 4 – Ausschnitt Stadtplan 1914
- 5 – Detail Ausschnitt 1840 (rot markiert direkte Gruftbereiche mit Rats- bzw. Hospitalgruft)
- 6 – Vergleich heute Rückseite des Grassimuseums (rot eingezeichnet Bereiche Grüfte)